

Euro-Krise: Das müssen Anleger wissen

Verbraucher Bankeinlagen gelten als besonders sicher – Goldwerte bergen auch Risiken

Berlin/Stuttgart. Seit Monaten werden die Nachrichten fast nur von einem Thema bestimmt: der Schuldenkrise in Europa. „Die Lage ist sehr ernsthaft“, findet Stefan Marotzke vom Deutschen Sparkassen und Giroverband (DSGV). Verbraucher müssten sich aber grundsätzlich keine Sorgen um ihre Ersparnisse machen. Wo aber sollten Anleger Geld investieren?

Aktien und Aktienfonds: Aktienbesitzer müssen schon seit geraumer Zeit starke Nerven haben. An den Börsen geht es rasant auf und ab, seit sich die Hiobsbotschaften aus Griechenland und anderen Euro-Schuldenstaaten häufen. Wie die Aktienmärkte auf eine Pleite Griechenlands reagieren, lässt sich schwer vorhersagen. Anteilsscheine von Banken und Versicherungen könnten kurzfristig unter Druck geraten, weil die Finanzhäuser von einer Pleite eines Euro-Landes besonders stark betroffen wären. „Aber große Konzerne, die gute Dividenden zahlen, wird es weiter geben“, sagt Jürgen Kurz von der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz.

Altersvorsorge: Altersvorsorgeprodukte sind auf unterschiedliche Weise betroffen. Bei der Riesterreife etwa müssten die Anbieter garantieren, dass zu Beginn der Rentenphase alle eingezahlten Beiträge zur Verfügung stehen, erklärt Niels Nauhauser von der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg. Riskanter seien Fondssparpläne und fondsgebundene Rentenversicherungen. Hier könnten sich Verluste auf den Aktienmärkten bemerkbar machen. Dieses Risiko trägt der Kunde, sagt er.

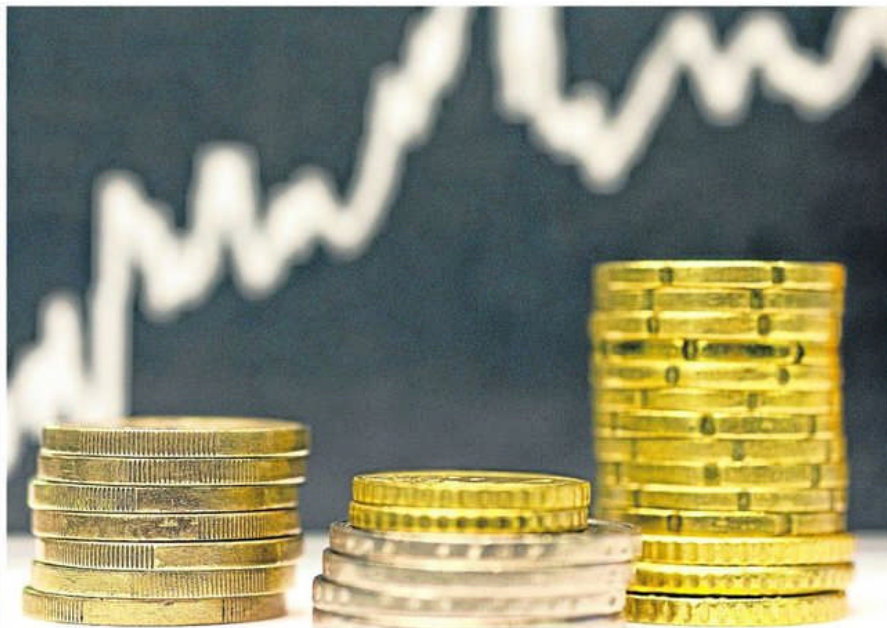
Euro: Die hohen Staatsschulden haben auch Auswirkungen auf den Euro. Dennoch: „Der Außenwert des Euro ist stabil“, sagt Stefan Marotzke von DSGV. Im Ver-

gleich zur D-Mark hat der Euro seit seiner Einführung weniger an Kaufkraft verloren als die D-Mark in ihrem 50-jährigen Bestehen. „Der Euro ist ein zuverlässiges und sicheres Zahlungsmittel“, findet auch Niels Nauhauser.

Gold: Das Edelmetall gehört zu den Sachwerten. „Im Rahmen einer breiten Streuung kann es durchaus sinnvoll sein, einen Teilbetrag des Vermögens in Gold anzulegen“, findet Verbraucher-schützer Nauhauser. Allerdings sollten Anleger bedenken: Gold kann im Wert stark schwanken. „Selbst auf 20 Jahre besteht noch ein Risiko, dass Gold an Kaufkraft verliert.“

Immobilien: Immobilien gelten als relativ sicher. Allerdings sollte man sich bei der Entscheidung für eine Wohnung oder ein Haus nicht von der Krise leiten lassen. „Auch diese Anlage ist mit Risiken verbunden“, sagt Niels Nauhauser. Denn die eigenen vier Wände seien in der Regel über einen Kredit finanziert, und bei Immobilien gebe es ebenfalls Wertschwankungen.

Sparbuch/Tagesgeld: Bankeinlagen zählen zu den sichereren Geldanlagen, gelten wegen vergleichsweise niedriger Zinsen aber als wenig lukrativ. Von einer Griechenland-Pleite sind zunächst keine unmittelbaren Auswirkungen zu erwarten. Selbst wenn eine Bank wegen hoher Abschreibungen auf Griechenland-Anleihen in Schieflage geraten sollte, ist das Ersparnis durch die gesetzliche Auslastung bis zu einem Betrag von 100.000 Euro abgesichert. Für darüber hinausgehende Summen greifen die Sicherungssysteme der Bankenverbände. „In puncto Sicherheit sind diese Geldanlagen im Rahmen der gesicherten Höchstgrenzen unschlagbar“, sagen Experten dazu.



Was tun mit seinem Geld: Die Euro-Krise macht viele Anleger nervös. Panikreaktionen machen alles aber nur schlimmer, warnen Experten.

Foto: dpa

Silvio Berlusconi ringt mit dem Rentenalter

Reformen Einigung mit Juniorpartner Lega Nord

Rom. Einigung in letzter Minute: Die italienische Regierungskoalition unter Ministerpräsident Silvio Berlusconi hat sich nach Angaben von Umberto Bossi von der Lega Nord vorläufig auf Vorschläge für Wirtschaftsreformen verständigt. Der Juniorpartner Lega Nord sei aber weiterhin gegen die von Berlusconi angestrebte Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre, sagte Bossi. Die Regierung sei damit weiter gefährdet, „letztlich haben wir aber einen Weg gefunden, wir müssen sehen, was Europa dazu sagt“, erklärte Bossi nach langen

Verhandlungen in Rom. Wie die Vorschläge konkret aussehen, war zunächst unklar. Berlusconi ringt unter massivem Reformdruck aus Brüssel um seine politische Zukunft. Die EU will auf dem Sondergipfel an diesem Mittwoch von ihm schriftliche Zusagen für eine Sanierung der maroden Staatsfinanzen Italiens sehen. Doch bislang scheitern Berlusconi Bemühungen um einen Rentenreform am erbitterten Widerstand der Lega Nord, die bereits Neuwahlen ins Spiel bringt.

Derzeit liegt das Rentenalter in Italien im öffentlichen Dienst für Männer bei 65, für Frauen bei 60 Jahren. Berlusconi will die Altersgrenze nun auf die europaweit angestrebten 67 Jahre anheben.

Merkel bangt um eigene Mehrheit

Schuldenkrise Die Kanzlerin kämpft um den Rückhalt der Koalition für den geplanten Kredithebel

Von unseren Berliner Korrespondenten Birgit Marschall, Gregor Mayntz und Eva Quadbeck

Berlin. Der Bundestag stimmt heute erneut über den Euro-Rettungsschirm EFSF ab: Über einen finanztechnischen Mechanismus soll die Schlagkraft des Hilfsfonds für Wackelkandidaten in der Euro-Zone auf Billionenhöhe „gehebelt“ werden. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) kann zwar – wie schon Ende September bei der Abstimmung über die Erweiterung des EFSF – auf eine breite Mehrheit bauen, denn Union, FDP, SPD und Grüne einigten sich unerwartet auf einen gemeinsamen Entschließungsantrag. Doch die Kanzlermehrheit – das ist die Mehrheit der Sitze von Union und FDP – ist ihr nicht sicher.

Bei Probeabstimmungen in den Fraktionen von Union und FDP gab es am Dienstag 16 Abweichler. Sieben Unionsabgeordnete stimmten mit Nein, drei enthielten sich. In der FDP-Fraktion lehnten vier Abgeordnete den Entschließungsantrag ab, zwei enthielten sich. Am 29. September hatten insgesamt 15 Koalitionsabgeordnete dem erweiterten Rettungsschirm nicht zugestimmt. Für die Kanzlermehrheit sind mindestens 311 der 315 Stimmen der Koalition erforderlich. Verfehlt Merkel die Kanzlermehrheit, gilt die Koalition als angezweifelt.

In dem Entschließungsantrag betonen alle Fraktionen mit Ausnahme der Linken, dass die „weiterhin angespannte Marktlage“ es erforderlich mache, „einen mög-

lichst effizienten Einsatz dieser Mittel zur Stabilisierung der Euro-Zone sicherzustellen“. Konkret werden zwei „Optimierungsmodelle“ für den Rettungsschirm benannt: die sogenannte Fonds- und die Versicherungslösung. „Beide Modelle schließen sich nicht gegenseitig aus“, heißt es in dem Entwurf. Ausdrücklich wird darin betont, dass sich durch die Erhöhung der Kapazität des EFSF, also durch den geplanten Kredithebel, „das Verlustrisiko verändern kann“. Ausgeschlossen wird die französische Forderung, dass die Europäische Zentralbank (EZB) Ankäufe von Staatsanleihen fortführt.

Das Garantievolumen des Rettungsschirms von 440 Milliarden Euro muss laut Antrag strikt eingehalten werden. Aufgenommen wurde auch die Forderung von SPD und Grünen, über eine Finanzmarkttransaktionssteuer zügig nach dem G20-Treffen Anfang November in der EU zu entscheiden.

Der Chef der Linkspartei, Klaus Ernst, forderte wegen der Risiken des Kredithebels eine Garantie der Bundesregierung für Löhne, Renten und Sozialleistungen in Deutschland. „Die Bürger sind verunsichert, weil sie fürchten, dass sie am Ende für die Krisenkosten aufkommen müssen. Die Kanzlerin sollte deshalb im Bundestag eine Garantie für Löhne, Renten und Sozialleistungen abgeben“, sagte Ernst. „Das wäre eine Schutzklausel für das Einkommen der Bürger, wenn der Rettungsschirm zieht. So eine Garantie würde Vertrauen in die Krise schaffen.“

Abgeordnete reden bei Gipfel-Paket mit

Stimmungsbild Fraktionen im Bundestag wollen Grenzen für Ausweitung des Rettungsschirms ziehen

Von unserer Berliner Korrespondentin Rena Lehmann

Berlin. Vor wenigen Wochen erst hat der Bundestag über die Ausweitung des Euro-Rettungsschirms EFSF abgestimmt. Jetzt könnte er noch schlagkräftiger, damit aber auch risikoreicher werden. Union, FDP, SPD und Grüne werden heute über einen Antrag entscheiden, auf dessen Grundlage die Kanzlerin beim heute beginnenden Gipfel verhandeln soll. Wie Abgeordnete aus unserer Region abstimmen:

CDU: Unionsfraktionsvize Michael Fuchs (Koblenz) betonte, dass er einen Beschluss des gesamten Bundestages und nicht nur des Haushaltsausschusses angesichts

„der Komplexität und der grundsätzlichen Bedeutung des Themas“ für nötig hält. Er sei aber wichtig, „einen möglichst effizienten Mindesteinsatz des EFSF sicherzustellen“. Ute Granold (Mainz) sagte: „Entscheidend ist für mich, dass es weder Euro-Bonds noch eine Banklizenz für den EFSF geben wird.“ Auch Agrarstaatssekretär Peter Bleser (Cochem-Zell) will dem Antrag zustimmen: „Alle Alternativen zu meiner Entscheidung erscheinen mir schlechter.“ Bleser warnte vor dem Kollabieren der Banken. „Je größer der Schutzwall, desto größer ist die Chance, dass die Krise gelöst wird und wir nicht bürgen müssen“, sagt Mechthild Heil (Bad Neuenahr), Erwin Rüdell

(Neuwied) will zustimmen, „weil die Bundeskanzlerin in Brüssel nur mit starker Rückendeckung des Parlaments für unsere Interessen eintreten kann“. Er hofft, dass es zu einer „dauerhaften Stabilisierung unserer Währung kommt“.

FDP: Der Landesvorsitzende der rheinland-pfälzischen Liberalen und Finanzexperte Volker Wissing erklärte: „Wenn wir die Möglichkeit haben, mit der gleichen Summe eingesetzten Geldes einen besseren Effekt zu erzielen, sollten wir diese nutzen.“ Nur weil die Krise in Deutschland nicht spürbar ist, „heißt das nicht, dass wir nicht akut bedroht wären“. Auch Elke Hoff (Neuwied) will dem Entschließungsantrag zustimmen.

SPD: Fritz Rudolf Körper (Bad Kreuznach) betonte, dass der Antrag kein Freibrief für die Kanzlerin ist. Eine Ausweitung des Rettungsschirms müsste der Bundestag erneut zustimmen. Dies betonte auch Sabine Bätzing-Lichtenhaller (Altenkirchen). Michael Hartmann (Mainz) sagte skeptisch: „Ich bin an der Grenze dessen, was ich für vertretbar halte.“

Grüne: Josef Winkler (Koblenz) hält es für wichtig, dass die Eigenkapitalausstattung der Banken verbessert und eine Finanztransaktionssteuer eingeführt wird. Nur mit diesen „Begleitmaßnahmen“ seien die Vorschläge zustimmungsfähig. Das sagt auch seine Parteifreundin Tabea Rößner (Mainz).

Kompakt

Sinkt Rentenbeitrag deutlich?

Koalition Satz könnte auf 19,6 Prozent gedrückt werden

Berlin. In den kommenden zwei Jahren wird der Beitragssatz zur Rente wohl deutlich sinken. Im kommenden Jahr ist eine Absenkung von derzeit 19,9 auf 19,6 Prozent möglich, heißt es in Koalitionskreisen. Wenn die Konjunktur weiter gut läuft, könnte der Beitrag 2013 dann auf 19,1 Prozent sinken. Bei einem Verdienst von 3000 Euro brutto im Monat würde dies für Arbeitnehmer eine Entlastung von

rund 12 Euro monatlich bedeuten. „Aufgrund der guten Konjunktur- und Beschäftigungslage haben sich in Teilen der Sozialversicherungssysteme Überschüsse aufgebaut“, sagte Unionsfraktionsvize Michael Fuchs (CDU) unserer Zeitung. Die Beitragssenkung hängt davon ab, wie schnell die Rentenversicherung dank der Überschüsse ihre gesetzliche Rücklage auffüllen kann. qu

Darf DAK Zusatzbeitrag doch nicht kippen?

Bonn. Die DAK stößt mit ihrem Vorhaben, den Zusatzbeitrag von 8 Euro ab April 2012 zu kippen, auf Widerstand bei der obersten Kassenaufsicht, dem Bundesversicherungsamt (BVA) in Bonn. „Angesichts der ohnehin schwierigen Rahmenbedingungen der geplanten Vereinigung halte ich die Position der Öffentlichkeit getragene Optimierung für sehr problematisch“, schreibt BVA-Chef Maximilian Gahner in einem Brief an die DAK. Deren Chef Herbert Rebscher betont jedoch, dass die Entscheidung auf „solider Basis“ gefallen sei. ck



Stößt mit seinem Plan, den Zusatzbeitrag zu kippen auf Widerstand: DAK-Chef Herbert Rebscher Foto: dpa

DIHK: 2012 bringt 250.000 neue Jobs

Berlin. Die deutschen Unternehmen wollen trotz Schuldenkrise im Jahr 2012 rund 250.000 neue Arbeitsplätze schaffen. Das geht aus einer Prognose des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) hervor. Ein großer Teil der neuen Stellen soll dabei aus der sogenannten „stillen Reserve“ besetzt werden. Dazu zählen Personen, die keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben, wie zum Beispiel Hausfrauen oder Selbstständige. Allein im Bereich Dienstleistungen soll die Zahl der neuen Stellen um 80.000 steigen.

Pischetsrieder-Prozess wird eingestellt

München. Der Prozess wegen Steuerhinterziehung gegen den früheren Automanager Bernd Pischetsrieder wird gegen die Zahlung von 100.000 Euro eingestellt. Es bestehen Zweifel daran, dass es vorzuziehlich falsche Angaben beim Finanzamt gemacht habe, sagte der Vorsitzende Richter am Landgericht München. Der 63-Jährige hat seine Schuld stets bestritten, offen ist, welche Schuld den Steuerberater des früheren Chefs der Autokonzerne BMW und VW trifft. Dieser muss sich nun einem eigenen Steuerverfahren stellen.